

**Dr. Peter Paziorek**

- (A) Ich möchte gerne einmal wissen, wie die in der Selbstverpflichtungserklärung enthaltenen Zahlen und Ihre Zahlen vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Zeitschienen tatsächlich abgestimmt sind. Darüber muss man doch diskutieren können, Herr Kelber, ohne sich gleich den Vorwurf einzuhandeln, einer objektiven Diskussion zum Emissionshandel ausweichen zu wollen. Das ist nämlich nicht der Fall. Wir wollen aber die verträglichen, guten und richtigen Grundlagen eines Emissionshandels erfahren und keine Scheinzahlen, wie sie im Augenblick durch die interessierte Landschaft geistern. Das muss man einmal klar und deutlich sagen.

Herr Minister, Frau Homburger hat gerade schon auf den tatsächlichen Hintergrund des Streits im Bundesrat hingewiesen. Es war interessant, dass Sie sich fünf Minuten lautstark mit der Rede von Dr. Lippold befasst haben, aber an keiner Stelle gesagt haben, wo Sie inhaltlich wirklich stehen. Dann haben Sie sich inhaltlich positioniert und gesagt, der Bundesrat wolle keine Vereinfachung der 34. Bundes-Immissionsschutzverordnung.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt ja auch!)

– Nein, das stimmt nicht. – Aus meiner Sicht war das wiederum eine typische Halbinformation für die Öffentlichkeit, die suggeriert, nur Ihr Weg sei unbürokratisch und einfach. Sie nennen nicht den wirklichen Streitpunkt; denn wenn Sie ihn nennen würden, könnten Sie Ihre Argumentationsschiene nicht weiter fahren.

- (B) Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist doch bekannt, dass der Bundesrat die Frage gestellt hat, ob Ihr TEHG-Entwurf wirklich richtig sei oder ob dort nicht Bestimmungen aus der 34. Bundes-Immissionsschutzverordnung aufgenommen werden sollten. Darüber kann man sich doch streiten. Das wäre vielleicht sogar eine sinnvolle Lösung, denn dann wäre dieses Verfahren Bestandteil einer gesetzlichen Regelung. Was haben Sie gemacht? Sie haben gesagt, darüber diskutieren wir überhaupt nicht, fertig, aus. Wer so mit dem Bundesrat umspringt, der darf sich nicht wundern, wenn der Bundesrat als Verfassungsorgan sagt: Herr Trittin, das ist kein ordentliches Auftreten vor dem Bundesrat. – Sie tragen damit die Verantwortung dafür, dass keine Diskussion mit dem Bundesrat darüber zustande kommt, wie das Verfahren einfacher gestaltet werden kann. Sie sagen immer nur: Wenn nicht anerkannt wird, dass meine Zahlen stimmen, dann diskutiere ich mit der Öffentlichkeit und der Industrie nicht. Sie sagen: Entweder übernimmt der Bundesrat meine Vorschläge zu der Abwicklung des Verfahrens oder ich diskutiere mit dem Bundesrat nicht.

Das ist eine Politik, die dem Klimaschutz auf Dauer nur Schaden zufügen wird. Deshalb sagen wir: Hören Sie auf mit dieser Betonhaltung und versuchen Sie, saubere Kompromisse anzustreben! Dann hätten Sie auch in Sachen Emissionshandel eine bessere Position.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann wird gesagt, das Ganze werde wohl keine Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur haben. Es ist schon spannend, zu sehen, dass wir im Deutschen Bun-

destag vor der Abgabe nach Brüssel nicht rechtzeitig darüber diskutieren sollen, ob ein Benchmarking für den Neubau von **Erdgaskraftwerken** richtig ist. Die Antwort finden Sie in Nordrhein-Westfalen. Dort soll eines der modernsten **Braunkohlekraftwerke** der Welt gebaut werden. Wenn sich das Benchmarking für Erdgaskraftwerke durchsetzt, dann lohnt sich der Bau dieses Braunkohlekraftwerkes in Nordrhein-Westfalen nicht mehr.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass Sie damit auch die **heimische Energieversorgung** durcheinanderwirbeln. Man muss doch im Deutschen Bundestag einmal über die Frage diskutieren, ob es immer richtig ist, auf Erdgas zu setzen.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erdgas? Immer richtig?)

– Herr Loske, das Benchmarking für Erdgaskraftwerke wird die Position des Erdgases so stärken, dass die heimische Braunkohle aus Mitteldeutschland, Ostdeutschland und dem Rheinland nicht mehr konkurrenzfähig ist. Da muss man doch die Frage stellen, ob es richtig ist, über den Emissionshandel eine solche Strukturveränderung herbeizuführen. Das muss auch im Deutschen Bundestag diskutiert werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt einfach nicht!)

Die Antwort aus Nordrhein-Westfalen haben wir schon bekommen, Herr Kelber. Der Infrastrukturminister, Herr Horstmann, hat ganz deutlich erklärt, das Konzept des Nationalen Allokationsplanes könne nicht akzeptiert werden, es sei auch eindeutig gegen die wirtschaftlichen Interessen Nordrhein-Westfalens gerichtet. Es ist sehr interessant, dass Sie als Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen erklärt haben, im Zweifel interessieren Sie das alles nicht, Sie verträten die Position des Umweltministers. Das wird vor allem mit Blick auf die in den nächsten Wochen anstehende politische Diskussion in Nordrhein-Westfalen interessant werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kelber?

**Dr. Peter Paziorek (CDU/CSU):**  
Ja.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Die Zeit ist eigentlich abgelaufen.

**Dr. Peter Paziorek (CDU/CSU):**  
Deshalb erlaube ich sie ja.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Ich bitte dann um eine kurze Antwort. – Bitte.

(A) **Ulrich Kelber (SPD):**

Er muss ja gar keine Antwort geben, denn nach § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist auch eine Zwischenbemerkung erlaubt.

Sie haben gerade einen sehr unfairen Trick versucht, indem Sie behauptet haben, dass der Ersatz eines Braunkohlekraftwerks bei einer Gas-Benchmark nicht machbar wäre und ich das als Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen unterstützen würde. Da auch Sie aus Nordrhein-Westfalen kommen und da Sie als Umweltpolitiker vor Ihrer Rede hoffentlich wenigstens Entwürfe und auch Stellungnahmen der SPD gelesen haben, müsste Ihnen bekannt sein, dass bei der Übertragung auf ein neues Kohlekraftwerk die Menge von Zertifikaten mitgenommen werden kann, während das bei der Übertragung auf ein Gaskraftwerk zeitlich begrenzt ist. Auch das sollten Sie wenigstens sagen, um die Öffentlichkeit nicht bewusst in die Irre zu führen.

**Dr. Peter Paziorek (CDU/CSU):**

Herr Kelber, ich muss Ihnen dazu in aller Deutlichkeit sagen, dass die Übertragungsregelungen nicht ausreichend sind. Sie sind nach dem bisherigen Entwurf – die SPD hat vielleicht noch etwas anderes vor –, den wir in der Straßenbahn gefunden haben, nur bis 2012 gültig. Das bedeutet im Klartext, dass all das, was nach 2012 passiert, eindeutig zulasten der heimischen Energieversorgung geht. Herr Kelber, dieser Punkt muss öffentlichkeitswirksam diskutiert werden, damit es nicht eine Entscheidung gibt, die zulasten Nordrhein-Westfalens und der neuen Bundesländer geht.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Abschluss will ich deutlich sagen: Wir sind für den Emissionshandel. Ich hoffe sehr, deutlich gemacht zu haben, dass die Unionsfraktion dafür plädiert, dass die Zahlen auf den Tisch kommen. Wir können nämlich nur dann **Klimaschutz und Wirtschaftspolitik** zusammenführen, wenn wir eindeutig wissen, auf welcher Datenbasis wir entscheiden. Wenn wir das nicht erreichen, dann laufen wir in der Tat Gefahr, die Weichen falsch zu stellen und damit zulasten Deutschlands eine negative Entscheidung für unsere Wirtschaft zu treffen. Das wollen wir nicht. Deshalb, Herr Minister, haben wir die große Bitte, dass das deutsche Parlament vor der Abgabe Ihrer Stellungnahme beteiligt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Reinhard Loske von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine eigenen Argumente vortrage, will ich auf einige Argumente meiner Vorredner eingehen.

Erstens. Ein Argument, das von beiden Oppositionsfraktionen vorgetragen wurde, war, das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – das ist ein furchtbar langer Ti-

tel – könne nicht behandelt werden, bevor der Nationale Allokationsplan verabschiedet sei. Ich glaube, dieses Argument ist falsch. Denn der NAP verhält sich zum TEHG wie das Kioto-Protokoll zur Klimarahmenkonvention. Das eine ist das Dachgesetz und das andere sind die konkreten Durchführungsbestimmungen, in denen die Lastenverteilung definiert wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist aber das Interessante!)

Das heißt, wir haben es einerseits mit der Struktur und andererseits mit der konkreten Zuteilung zu tun. Dieses vernünftige Vorgehen ist in gar keiner Weise kritikwürdig.

Zweitens. Den Vorwurf, es gebe mehr Bürokratie, müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Im Gegenteil gilt: Was Sie vorschlagen, bedeutet mehr Bürokratie. Der Vorschlag des Umweltministeriums hinsichtlich der Übertragungsregelung ist so einfach, dass er an Schlichtheit praktisch nicht mehr zu überbieten ist. Ihr Vorschlag – dazu gehören das doppelte Verfahren, das Sie uns über den Bundesrat aufdrücken wollen, aber nicht durchbekommen werden, und inhaltlich die brennstoffspezifischen Benchmarks – würde viel mehr Bürokratie nach sich ziehen. Es ist eindeutig, dass wir das nicht mitmachen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Sie haben so getan, als würden unterschiedliche Zahlen im Raum kursieren.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Ja!)

Das ist nicht zutreffend.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Doch!)

Die Zahl von 508 Millionen Tonnen für das Jahr 1998 ist seit langem in der Öffentlichkeit bekannt und ist zwischen BMWA und BMU unstrittig.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ich kenne aber auch andere Zahlen!)

Insofern geht dieser Vorwurf ins Leere.

Ich komme jetzt zu meinen Argumenten. Wenn man sich einmal die Diskussion der letzten Monate anschaut, dann erkennt man, dass das Klimathema aufgrund zweier Aspekte sehr stark im Mittelpunkt gestanden hat. Es geht zum einen um das Thema Sicherheit und zum anderen um das Thema Innovation. Vor wenigen Wochen ist ein Szenario bekannt geworden – es wurde interessanterweise im Auftrag des Pentagons entwickelt –, das beschreibt, was ein abrupter **Klimawechsel** für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten bedeuten würde. Dieses Szenario basiert im Wesentlichen auf Forschungen in Deutschland, nämlich auf den Erkenntnissen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Stefan Rahmsdorf bekam dafür den höchsten amerikanischen Wissenschaftspreis.

(Beifall des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

(D)